

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 679 Mittwoch, 1. Mai 2019 26. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Präsidentschaftskandidat Estrada in Miami verhaftet: Geschäfte mit Sinaloa-Kartell?	2
Mordpläne gegen KonkurrentInnen um die Präsidentschaft?	3
Der Hubschrauber, der eine unangenehme Beziehung zwischen Jimmy und Mario Estrada aufzeigt	4
TSE entzieht Estrada die Kandidatur – wegen fehlender Ehrbarkeit.	4
Die Reaktion von UCN und Estradas Familie	4
Aldana weiss seit März vom Mordkomplott - Consuelo Porras auch und schützt sie nicht	5
Pressemitteilung von Codeca: Kurzzeitverhaftung von StromrebellInnen in Santa Rosa	5
Rückblick auf Ostertage: Mehr TouristInnen, weniger Verstorbene	ϵ

Editorial

Der Wahlkampf in Guatemala hat mit der Verhaftung des Präsidentschaftskandidaten Mario Estrada eine unerhörte und unfassbare Qualität erhalten. Estrada wird demnach beschuldigt, nicht nur mit dem Sinaloa-Kartell eine Vereinbarung – Wahlkampfspenden gegen Unterstützung bei der Logistik des Drogenhandels – ausgehandelt, sondern auch die Dienste des Kartells zur Ermordung einiger PräsidentschaftsmitbewerberInnen in Anspruch genommen zu haben. Seit März weiss Thelma Aldana von der amerikanischen Anti-Drogenbehörde DEA, dass ein konkreter Mordkomplott gegen sie von Seiten von Mario Estrada geplant ist.

Dass Aldana nicht in Guatemala ist, sondern in El Salvador, ist somit tatsächlich kein Zufall oder die Marotte einer durchaus wohlhabenden Frau, sondern absolut notwendig, da sie von den guatemaltekischen Institutionen keinerlei Hilfe erfahren hat – (gerade) auch nicht von einer Nachfolgerin, Consuela Porras. Obwohl sie – laut Aldana – von ihr zeitnah, also im März, davon in Kenntnis gesetzt worden ist, geschah nichts. Eine Untersuchung zu Estrada oder ein Antrag, seine Kandidatur auszuschliessen – all diese Möglichkeiten hat sie nicht wahrgenommen. Ein Skandal sondergleichen – der zu Recht eine Kampagne unter dem Hashtag "Keine Consuela mehr im MP" ("#SinConsueloEnMP") folgte.

Martin Pellecer schrieb in der Nómada, dass die VerteidigerInnen der Korrupten bis dahin gedacht hatten, gewonnen zu haben: Ihre KandidatInnen wurden reihenweise vom TSE durchgewinkt, während die unerschrockenen KämpferInnen gegen Korruption aus dem Justizbereich ebenso reihenweise aus fadenscheinigen Gründen abgewiesen wurden. Die Monströsität des mutmasslichen Verhaltens von Estrada verschafft den Rechtsstaatlichen einen Schub.

Wie lange dieser in diesem Hin und Her der Gefühle und Stimmungen im Land anhalten wird, ist wie immer kaum vorherzusagen. Zumal auch der jetzige Präsident und die KandidatInnen seiner Partei der Estrada-Partei UCN sehr nahe stehen und Jimmy sogar den Helikopter aus dem Besitz von Estrada für seine Regierungsflüge genutzt hat, weil dieser zuverlässiger gewesen sei als die staatlichen. Auch eine Aussage.

Wer letztlich zu den Wahlen zugelassen wird, ist damit immer unklarer. Bis zum 20. Mai muss dies alles geklärt sein. Wir dürfen gespannt sein, was noch alles passieren wird.

Präsidentschaftskandidat Estrada in Miami verhaftet: Geschäfte mit Sinaloa-Kartell?

Miami/Guatemala, 22. April - Der Präsidentschaftskandidat der rechten Partei Nationale Union der Veränderung (UCN), Mario Estrada, ist in Miami festgenommen worden. Die Anschuldigungen sind gewaltig: Wahlkampfhilfe im Tausch gegen Unterstützung beim Drogenhandel und Mordkomplott gegen KonkurrentInnen im Präsidentschaftswahlkampf.

Estrada hatte seine Beglaubigung für die Kandidatur am 15. Februar diesen Jahres erhalten und geniesst dadurch in Guatemala selbst Immunität. Die Ermittlung gegen Estrada datiert aus der Zeit des Dezember 2018. Gemeinsam mit Estrada wurde Juan Pablo González Mayorga verhaftet. Beiden wird zunächst einmal ein Komplott zur Einführung von Kokain in die USA sowie unerlaubte Einfuhr und Besitz von Waffen vorgeworfen. Bei einer Verurteilung drohen ihnen in jedem Fall zehn Jahre Haft, im (für diese) schlechtesten Fall eine lebenslängliche Haftstrafe.

Laut der Mitteilung der US-Justizbehörde sagte der Staatsanwalt aus New York-Manhattan, Geoffrey S. Berman, folgendes zu dem Fall: "Wie gesagt, haben Estrada und González versucht, Geld vom Sinaloa-Kartell zu erhalten, um ihren korrupten Plan, zum Präsidenten von Guatemala gewählt zu werden, umzusetzen. Im Gegenzug versprachen die beiden dem Kartell dabei zu helfen, guatemaltekische Häfen und Flughäfen für den Export von vielen Tonnen Kokain in die USA nutzen zu können. Die Drogenbehörde DEA hat gegen mehrere weitere Personen ermittelt, die versucht haben, Geldmittel der internationalen Drogenkartelle für den Präsidentschaftswahlkampf von Estrada zu erhalten. Einige der diesbezüglichen Gespräche fanden zwischen der Estrada-Bande, darunter Estrada und González selbst, und mutmasslichen Mitgliedern oder Alliierten des Sinaloa-Kartells, einer mächtigen Drogenhandelsorganisation mit Sitz in Mexiko statt - im Geheimen, wie die TeilnehmerInnen dachten. In Wahrheit aber unter der Obhut der DEA" heisst es in dem offiziellen Schreiben weiter. Die US-Behörden sind im Besitz von Videos und Audiomitschnitten, die diese Treffen zeigen und über Gespräche, in denen Estrada und González "Millionen Dollar für den Wahlkampf von Sinaloa im Gegenzug für Drogeneinnahmen verlangten", sagte das Justizministerium. "Als Gegenleistung für die finanzielle Hilfe des Sinaloa-Kartells kamen beide Seiten darin überein, dass Estrada im Falle seines Wahlsieges bei den Präsidentschaftswahlen in Guatemala das Kartell bei seinen Drogenschmuggelaktivitäten unterstützen werde. Unter anderem wurde ihnen unbeschränkter Zugang zu Flughäfen und Häfen oder Marinas zugesichert, um von diesen aus Tonnen von Kokain durch Guatemala bis in die USA schaffen zu können".

Die abgehörten und abgefilmten Treffen zwischen Estrada, González und dem Kartell

Am 14. Februar 2019 traf sich González mit einem Informanten und einem Undercover-Agenten der DEA in Miami. Dieses Treffen wurde aufgezeichnet und mitgeschnitten. Während des Treffens zeigten die beiden Agenten González etwa 5 Millionen US-Dollar, die aus angeblichen Einnahmen aus dem Medikamentenverkauf stammten und für die Wahlkampagne von Estrada verwendet werden könnten.

Am 27. Februar traf Estrada zwei InformantInnen der DEA auf einer versteckten Yacht. Auch dieses Treffen wurde aufgezeichnet und mitgeschnitten.

Am 4. März traf sich Estrada mit einer anderen Person und InformantIn in Estradas Büro nahe der Hauptstadt. Dabei sagte der Präsidentschaftskandidat, dass er dringend die Geldmittel des Sinaloa-Kartells benötige, um seine Wahlkampfausgaben decken zu können. Estrada diskutierte mit den InformantInnen, wie die Übergabe am besten stattfinden könne. Estrada schlug vor, eine Yacht zu nutzen, um das Geld zu transportieren. Dann holte er eine Karte hervor und zeigte, wie die Yacht von Miami aus über Kuba bis nach Guatemala fahren könnte. Der Informant fragte, ob denn die Polizei nicht die Yacht durchsuchen werde und Estrada antwortete, dass dieses Risiko dadurch verringert werde, dass es sich um eine Luxusyacht handele, beflaggt durch die US-Fahne und gesteuert von US-BürgerInnen. Estrada erklärte zudem, dass es leichter sei, eine Yacht zu kaufen als Transportkosten, die ebenfalls diskutiert worden waren.

Am folgenden Tag gab es weiteres Treffen in dem genannten Büro von Estrada. Dieser erklärte sinngemäss, dass die Teilnahme eines anderen Teams organisiert sei, um das Geld des Sinaloa-Kartells herzuschaffen, weil er gerade ganz ohne Geldmittel gewesen und seine Wahlkampfkampagne ins Stocken geraten war. Zugleich sagte er, dass er – unabhängig von Sinaloa – auch mit einem Drogenhändler mit Sitz in Guatemala zusammenarbeite, dessen Namen nicht offiziell bekannt gegeben wurde. Dieser half ihm auch bei der Präsidentschaftskandidatur. Estrada sagte einem der InformantInnen, das er gehört habe, dass Mitglieder anderer Drogenkartelle ihm ebenfalls Geldmittel geben wollten.

Berman pries die hervorragende Arbeit der DEA in Miami und Guatemala, wie auch die des Büros für Internationale Angelegenheiten im Justizministerium der USA. Der Fall wurde koordiniert durch dessen Einheit gegen Terrorismus und Drogenhandel. Die zuständigen Staatsanwälte werden Mathew Laroche und Jason A. Richman sein. "Die in der Klage enthaltenen Beschuldigungen sind lediglich Schriftsätze, und die Angeklagten gelten als unschuldig, bis ihre Schuld bewiesen ist", schliesst die offizielle Mitteilung. (...) Dank der DEA habe Estrada nun keine Möglichkeit mehr, in Guatemala gewählt zu werden, aber er und González würden in den USA vor Gericht gestellt.

Mordpläne gegen KonkurrentInnen um die Präsidentschaft?

Das offizielle Schriftstück zitierte den Spezialagenten der DEA, Adolphus P. Wright, mit den Worten: "Die Niederlassung der DEA in Miami ist sehr zufrieden mit der Festnahme von Mario Estrada Orellana und Juan González Mayorga. Diese Aktion ist ein direktes Ergebnis unserer Zusammenarbeit mit unseren guatemaltekischen KollegInnen. Gemeinsam mit unseren internationalen an der Rechtsdurchsetzung engagierten KollegInnen (...) werden wir unsere Anstrengungen fortsetzen, um den illegalen Drogenschmuggel zu verhindern, der die politischen Systeme unserer zentral- und lateinamerikanischen Nachbarstaaten korrumpiert. Wir tun dies auch, um Schaden von den USA abzuwenden". Laut der Mitteilung der US-Justizbehörde habe der Kandidat der UCN bei den insgesamt sieben dokumentierten Gesprächen wegen der Wahlkampffinanzierung des Sinaloa-Kartells dreimal darum gebeten, dabei zu helfen, zwei Präsi-

Laut der letzten Umfrage von Prensa Libre, liegen in der WählerInnengunst die KandidatInnen Sandra Torres (UNE), Zury Ríos (VALOR), Thelma Aldana (SEMILLA), Alejandro Giammattei (VAMOS) und Roberto Arzú (PAN-PODE-NOS) allesamt vor Estrada.

Der US-Bericht konkretisiert nicht, welche KandidatInnen Estrada benannt hatte, obwohl die Undercover-InformantInnen die Leute vom Kartell danach fragten. Aufgrund des Engagements der DEA steht in Bezug auf die Klageschrift so viel fest, dass González ein angeblicher Attentäter vorgestellt worden sei, der die Morde ausführen werde. Dieser Auftragskiller war jedoch in Wahrheit ein Agent namens UC-1.

Bei dem Treffen am 7. Februar in Guatemala-Stadt bat González darum, dass die zwei Mitglieder des Kartells (die mit den USA zusammenarbeiteten) "einige der politischen RivalInnen ermorden sollten, die Estradas Wahlsieg im Wege stünden". González sagte, dass es nicht schwierig sein dürfte, eine/n spezifischen(n) KandidatIn umzubringen, vor allem deshalb, weil diese/r gehasst werden würde (im englischen Text wird mit Absicht das Geschlecht nicht spezifiziert), während bei einer/einem anderen KandidatIn Vorsicht geboten sei, da diese/r gut beschützt werden würde. Danach ging es bei dem Gespräch wieder um Finanzielles.

Sie lernten den Auftragskiller kennen

dentschaftskandidatInnen zu eliminieren.

Ein paar Tage später, am 14. Februar, hatten González und ein Kartellmitglied, genannt CS-2, ein weiteres Treffen in Miami, wobei der Mitarbeiter von Estrada den Auftragskiller UC-1 kennenlernte, der die Bitten von Estrada ausführen würde. Das Treffen wurde in Gänze aufgezeichnet und beinhaltet die Namen der KandidatInnen, die die UCN ermorden lassen wollte. "González nannte die Person, von der er annahm, dass sie am leichtesten umgebracht werden könne und erklärte, dass er diesen Auftrag so schnell wie möglich ausgeführt sehen würde. Er versorgte CS-2 und UC-1 mit weiteren Informationen über seine anfänglichen Ziele". Zudem erklärte der Mitarbeiter von Mario Estrada, dass nach den ersten beiden Attentaten "wir auf die öffentliche Reaktion schauen wollen". Zu diesem Zwecke versprachen die Leute von der UCN "viele AK-47" und geben den Kartellmitgliedern das, was sie wollen.

Am 27. Februar änderte der Präsidentschaftskandidat der UCN seinen Plan, aber nicht um die Mordpläne aufzugeben, sondern um noch mehr zu tun. "Estrada sagte zu CS-2, dass er nicht wolle, dass CS-2 und UC-1 die Mordpläne weiter verfolgen" - heisst es in dem Bericht. "Estrada erklärte, dass noch mehr Personen die ausgewählten Mordobjekte umlegen sollten, und er dachte dabei daran, dass es grössere Probleme mit ihnen gäbe, falls sie noch mit anderen Mordanschlägen zu tun hätten".

Obwohl es seit 2011 Anzeichen dafür gibt, bestreitet die Regierung Beziehungen von Estrada zur Drogenmafia Die guatemaltekischen Behörden sagten, dass sie nicht wussten, dass Mario Estrada Beziehungen zum Kartell von Sinaloa hatte, aber bereits seit 2011 haben US-Berichte von der UCN als eine "Partei der Drogenmafia" gesprochen. Präsident Jimmy Morales sagte, dass weder das Sekretariat für staatliche Ermittlungen (SIE) noch der Militär- oder zivile Geheimdienst Kenntnisse darüber gehabt hätten, dass Estrada Beziehungen zur organisierten Kriminalität habe. "Die Geheimdienste Guatemalas wissen nicht alles. Was wir derzeit darüber wissen ist, dass es Ermittlungen der DEA gab, Undercover-AgentInnen im Umfeld von Estrada und seinem Mitarbeiter Juan Pablo González Mayorga – und dass die DEA nun in der Situation ist, ihre Ergebnisse offen zu legen", sagte der Präsident während einer Pressekonferenz am Sitz der Nationalen Koordination für den Katastrophenschutz (CONRED).

Innenminister Enrique Degenhart sagte auf derselben Pressekonferenz, dass sein Ministerium bis jetzt keine Kenntnisse dieser Ermittlungen der US-Behörden gegen den Kandidaten der UCN gehabt habe – und diesem vorwerfen, dem Sinaloa-Kartell die Kontrolle über Häfen und Flughäfen angeboten und versprochen zu haben, Personen aus deren Umfeld auf staatliche Posten zu berufen, wenn das Kartell im Gegenzug 12 Millionen US-Dollar für seinen Wahlkampf bereitstellt und politische KonkurrentInnen ermordet.

Daneben wurde der stellvertretende Innenminister, Luis Arévalo, auf den Fall Estrada angesprochen, kurz nachdem er im Kongress Rede und Antwort stehen musste. "Das ist ein Thema, das ausserhalb der guatemaltekischen Gerichtsbarkeit steht", sagte er und versicherte, dass das Innenministerium keinerlei Anzeichen von den Beziehungen zwischen Estrada und dem Sinaloa-Kartell gehabt habe, weswegen die US-Justizbehörden gegen den guatemaltekischen Politiker Anklage erheben wollen. Der Vize-Minister fügte hinzu, dass Estrada "die Anschuldigungen der US-Behörden umgehend aufklären muss" und dass sein Ministerium mit den US-Behörden zusammenarbeiten würde, aber bisher noch kein

entsprechender Wunsch geäussert worden sei. Das Ministerium halte sich an die Gesetze und die Anweisungen des Innenministers, mit den US-Behörden zusammenzuarbeiten – nicht nur in Drogenangelegenheiten, sondern in allen Bereichen. "Wer auf internationaler Ebene Probleme hat, der muss sie lösen", schloss Arévalo.

"Partei der Drogenmafia"

Obwohl Morales und die hohen für Sicherheit zuständigen AmtsträgerInnen von den Beziehungen von Estrada zur Drogenmafia nichts gewusst haben wollen, so ist doch schon vieles darüber öffentlich bekannt. In einem geheimen Bericht der US-Botschaft in Guatemala vom 4. November 2009 unter der Federführung von James Derham heisst es, dass es einige Kongressabgeordnete gebe, die Beziehungen zu DrogenhändlerInnen hätten, aber für Gesetze gegen die organisierte Kriminalität stimmten, um nicht "als VerteidigerInnen der Interesse der Drogenmafia erkannt zu werden". Dieser Bericht wurde 2011 zunächst von *WikiLeaks*, in Guatemala dann von *Plaza Pública* öffentlich gemacht. Dabei wurden besonders Abgeordnete der UCN in diesem Sinne genannt, also jene Partei, die Estrada gehört und die ihre Basis in Jalapa hat, wo sie fünf von sechs ihrer Kongresssitze geholt hat. Sie wird dabei als Partei der Drogenmafia eingeordnet. Es gibt gegen die UCN auch immer wieder Anklagen wegen illegaler Wahlkampffinanzierung. Im Oktober 2018 hat das Oberste Wahlgericht (TSE) die Partei wegen finanzieller Unregelmässigkeiten angeklagt. Zu den Anschuldigungen gehörten ungedeckte Schecks in Höhe von 1,8 Millionen Quetzales (209.000 Euro) und Spenden in Höhe von mehr als 1,2 Millionen Quetzales (140.000 Euro), die nicht den Finanzbehörden gemeldet worden sind.

Der Hubschrauber, der eine unangenehme Beziehung zwischen Jimmy und Mario Estrada aufzeigt

Guatemala, 23. April – Währenddessen versucht die Regierung, alle Hinweise abzuwehren, die auf eine enge Beziehung zwischen Präsident Jimmy Morales und dem König von Jalapa (Mario Estrada) hindeuten. Die Tageszeitung elPeriódico und andere Medien verbreiteten nun, dass der Hubschrauber, in dem der Präsident durch das Land zu fliegen pflegt, das Privateigentum des Kandidaten der UCN ist. Nur wenige Stunde nach der Veröffentlichung beeilte sich das Innenministerium mitzuteilen, dass der Hubschrauber vom Präsidenten und anderen FunktionärInnen im Januar für eine Reise nach San Marcos genutzt wurde. Sie spielten darauf an, dass diese Überlassung des Gefährts in der Amtszeit von Francisco Rivas als Innenminister vereinbart worden sei. Rivas selbst erklärte auf Befragen, dass das Innenministerium diese Vereinbarung für das Anmieten des Fluggerätes abgewickelt habe, aber dass Jimmy Morales selbst entschieden habe, dass bitte jenes von Mario Estrada benutzt werden sollte, weil "er ein grösseres Vertrauen darin habe".

TSE entzieht Estrada die Kandidatur - wegen fehlender Ehrbarkeit

Der vierte Versuch von Mario Estrada, Präsident von Guatemala zu werden, ist mit diesem Mittwoch gestoppt worden. Und nun ja, in seinem Fall gab es angesichts des dünnen Seils, auf dem er sich bewegte, keinen anderen Spielraum für die TSE, als ihm die Zulassung wieder zu entziehen. Damit ist der Wahlzettel wieder um einen Namen verringert. Und die Kandidaturen von Zury Ríos und Thelma Aldana stehen noch vor einer höchstrichterlichen Entscheidung, während die von Mauricio Radford ebenfalls endgültig entzogen wurde. Die Entscheidung der TSE beruht auf der schwerwiegenden Tatsache, dass der Kandidat in den USA wegen Beziehungen zum Sinaloa-Kartell verhaftet worden ist. Daher seien – so die RichterInnen – sowohl die Eignung wie auch die Ehrbarkeit nicht mehr gegeben – zwei Eigenschaften, die die Verfassung von jenen, die AmtsträgerInnen werden wollten, verlangen.

Die Reaktion von UCN und Estradas Familie

In der Partei UCN ist man sich einig, dass sie nicht über das Geschehen um Estrada informiert gewesen sei, und dass momentan keinerlei Stellungnahmen abgegeben werden würden. Der Sohn von Mario Estrada, gleichzeitig Bürgermeister von Jalapa, sagte die Pressekonferenz, die er zuvor noch lautstark angekündigt hatte, ab. Statt dieser Pressekonferenz veröffentlichte er ein Statement. In fünf Punkten versicherte dieses, dass der Patriarch von Jalapa "unschuldig ist" und die Anschuldigungen gegen ihn "absurd sind". Mario Estrada Ruano schrieb, dass er mit seinem Vater telefoniert habe und dass dieser ganz ruhig gewirkt habe, sich aber getäuscht fühle. Er wisse aber, dass die Angelegenheit "heikel ist". In den ersten Tagen nach der Verhaftung war die Reaktion der Familie grosser Zorn. Sie kündigten an, dass sie Details verraten würden, die andere PolitikerInnen und KandidatInnen betreffen würden. Nun aber mässigten sie ihren Ton und sagten die Pressekonferenz ab.

Sie baten allerdings den Kongress, eine unabhängige Untersuchung anzuberaumen, um "die Namen der Personen, die seit November Richtung Nordamerika gereist sind" zu überprüfen (*Vermutlich sehen sie die Geschehnisse um Estrada als einen Komplott hiesiger PolitikerInnen in Abstimmung mit den US-Behörden, d.Red.*].

Ja, über Namen sprechen. Da gibt es die, die vorziehen, sich von Estrada zu distanzieren. In der Regierung reden sie ständig über das Thema, besonders seit publiziert wurde, dass Jimmy Morales öfter mal mit dem Hubschrauber der Familie Estrada unterwegs war. Die Exekutive versucht, jegliche Beziehungen zwischen Jimmy Morales und Mario Estrada zu leugnen. Aber da gab es diese drei Treffen auf Estradas' Finca Santa Fe, Jalapa, das der Präsident am Mittwoch dieser Woche einräumen musste: "Auch wenn es lächerlich erscheint, zu dem traditionellen jalapenischen Essen (gallina en crema con loroco a Jalapa) eingeladen zu werden, bin ich hin. Als er Kandidat war und ich Schauspieler, war dies eines der besten Speisen. Und er bestand darauf, dass ich ihn in seinem Haus besuchte und so stimmte ich zu."

Aldana weiss seit März vom Mordkomplott - Consuelo Porras auch und schützt sie nicht

Guatemala, 25. April – Das mutmassliche Komplott von Estrada beinhaltete auch die Ermordung von zwei KonkurrentInnen im Präsidentschaftswahlkampf. In einer Analyse von Martin Pellecer von der Nómada wurde gemutmasst, dass eines der Opfer Thelma Aldana, ehemalige Generalstaatsanwältin und Kandidatin der Bewegung SEMILLA, sein dürfte.

Diese Information hat sie nun selbst in einem Interview mit dem Journalisten Fernando del Rincón im spanischen Kanal von CNN bestätigt. Sie sagte, dass die DEA sie im März über die Mordpläne gegen sie unterrichtet habe und darüber, wie der Plan langsam aufgeflogen und weiterverfolgt worden sei.

Die Bewegung SEMILLA hatte am 10. März die KandidatInnen für die Präsidentin (Aldana) und den Vizepräsidenten (Menkos) ausgerufen. Eine Woche darauf schickten sie die für die Zulassung benötigten Papiere und gingen davon aus, dass sie durch die Immunität, die KandidatInnen gewährt werde, geschützt seien. Allerdings war der Druck der GegnerInnen von Aldana – in ihrer Mehrheit angeführt von jenen, gegen die von ihr und der CICIG wegen Korruption ermittelt worden war – so gross, dass sich auch die aktuelle Generalstaatsanwältin, Consuelo Porras, und der Richter Victor Cruz, an ihre Seite stellten. Letzterer ordnete einen Haftbefehl gegen Aldana an.

Nun, all das ist bekannt. Das Neue ist, dass der angebliche Mordplan gegen Aldana ein Detail verbirgt, das zuvor verschwunden zu sein schien. Nach Aussagen von Aldana weiß man nun, dass der Drogenhändler Jeankarlo Sánchez Meneses jener Auftragskiller sein sollte, der den Mord ausführen sollte. Sánchez floh am 17. März – offenbar mit offizieller Unterstützung – aus dem Gefängnis Mariscal Zavala, in dem er einsass.

Aldana versuchte, Porras daraufhin anzusprechen, dass diese ihr Schutz gewähre und wegen des Mordplans ermittele. Aber nach Angaben von Thelma Aldana hat ihre Nachfolgerin im Amt nicht darauf geantwortet.

Am Donnerstag (25.04) gab es eine Installation vor der Staatsanwaltschaft, die Consuela Porras wegen ihrer Rolle in diesem wichtigen Fall scharf kritisierte. Der Protest bestand aus einer Kette von weissen Blättern, auf denen Augen aufgedruckt sind und der Text #SinConsueloEnMP. Die Installation der Organisation La Batucada del Pueblo durfte nur sehr kurzzeitig hängen bleiben. Innerhalb einer Stunde verlangte Porras, dass die Blätter entfernt würden.

Porras selbst reagierte darauf mit dem Hinweis, dass sie darüber wache, was geschehe, aber sie tut nichts. Das war schon so, als sie die Urteile des Verfassungsgerichts über den CICIG-Leiter, Iván Velásquez, ignorierte. Ebenso, als es am Flughafen La Aurora zum Streit darüber kam, ob ErmittlerInnen der CICIG einreisen durften. Oder dass sie nicht gegen die Kandidatin der UNE, Sandra Torres, wegen illegaler Parteienfinanzierung ermittelte.

Porras selbst vermied an diesem Tag jeglichen Kontakt mit der Öffentlichkeit. Sie sagte die Einsetzungsfeier der Einheit gegen den illegalen Transport von MigrantInnen, die für heute (26.04.) vorgesehen ist, ab. Sie vermied es auch, in den Kongress zu gehen, wo sie von Seiten der UNE vorgeladen wurde, um gemeinsam mit der Aussenministerin, Sandra Jovel, die Umstände der US-Ermittlungen gegen Mario Estrada zu erklären. Um die Gemüter jedoch etwas zu beruhigen, gab sie bekannt, dass seit dem vergangenen Dienstag eine offizielle Ermittlung wegen der Mordpläne gegen zwei KandidatInnen eingeleitet wurde und ebenfalls untersucht werde, ob Thelma Aldana eine der möglichen Mordopfer war, weil die MP aufgrund der Aussage des ex-Generalstaatsanwaltschaft davon erfuhr.

Zu dem genannten Treffen mit der UNE kam statt Jovel, die in Mexiko weilte, deren Stellvertreter, Pablo García. Der Abgeordnete, Orlando Blanco, fragte ihn über den Stand der Sicherheit für die KandidatInnen und forderte, dass es unmittelbar Kontakte mit der US-Regierung bezüglich der Mordpläne von Mario Estrada gegen PräsidentschaftskandidatInnen geben müsse. Garcia antwortete: "Wir drängen darauf, damit Sie rasch wissen, was geschehen ist."

Diese letzten Skandale haben dafür gesorgt, dass das Oberste Wahlgericht (TSE) eine Neuüberprüfung der KandidatInnen vornimmt und die Anzeigen, die gegen sie vorgebracht werden. Das gilt z.B. für die Fälle von Roberto Arzú und dem Abgeordneten Jorge Armando Ubico. Arzú hat eine zivilrechtliche Auseinandersetzung mit dem venezolanischen Strategischen Berater Juan José Rendón in Miami. Der Kandidat der Koalition PAN-PODEMOS schuldet diesem 6 Millionen US-Dollar für Unterstützungsleistungen für dessen Wahlkampf, den dieser aber nach seiner Ansicht nicht erfüllt hat. Ubico ist in den USA wegen Drogenhandel verurteilt worden. Er ist Abgeordneter der Partei TODOS, für die er für eine erneute Amtsperiode kandidieren will. Auch hier – wie oben im Fall Estrada geschildert – geht es um die Frage, ob die Kandidaten Artikel 13 der Verfassung verletzen, nachdem AmtsträgerInnen tauglich, ehrlich und fähig für ihr Amt sein sollen.

Pressemitteilung von Codeca: Kurzzeitverhaftung von StromrebellInnen in Santa Rosa

Ixpaco, Publo Villa Nueva, Santa Rosa, 24. April - Am heutigen Tag, um 8 Uhr morgens, kamen Fahrzeuge mit Angestellten der Firma ENERGUATE sowie Polizei in das Dorf Ixpaco im Municipio de Pueblo Villa Nueva, Santa Rosa. Diese Personen kamen mit dem Ziel, von der Gemeinde zu verlangen, die Forderung nach Vergesellschaftung der Stromversorgung zu unterlassen und mit ihnen ein Abkommen gegen CODECA zu unterschreiben.

Als die Gemeinde dies ablehnte, begannen die PolizistInnen mit Tränengasgranaten die Häuser zu attackieren, Personen zu schlagen und drei Personen festzunehmen.

Die festgenommenen Personen sind: Magda Iralda Ajuchen Grijalva, Amalia Barrios und der minderjährige Jugendliche Elmer Aroldo Pacheco. Beide Frauen haben drei Kinder, eine von ihnen ein Kleinkind von wenigen Monaten.

Die Mehrheit der Familien in diesem Dorf sind im Widerstand, organisiert in CODECA und ihr prinzipieller Kampf ist die Vergesellschaftung aller privatisierten Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Verteidigung der Erde und ihrer Territorien und die Einleitung des Prozesses einer plurinationalen Nationalversammlung.

In diesem Jahr wurden drei leitende Mitglieder von CODECA ermordet und eine ist verschwunden. Wir fordern von den Verantwortlichen, die Repression gegen CODECA zu stoppen und mit ihrer Arbeit der Bevölkerung zu dienen, nicht transnationalen Konzernen. Wir fordern Gerechtigkeit und die Bestrafung der Verantwortlichen dieser kriminellen Repression gegen das Leben der Völker, die für ihre Rechte in ihren Territorien kämpfen.

P.S.: Mitteilung von Thorben Austen, der der Redaktion diese Presseerklärung per Facebook Messenger zusandte: «Nach meinem Wissensstand sind alle drei Festgenommen nach Intervention von Anwälten von CODECA schon am selben Tag wieder freigelassen worden.»

Rückblick auf Ostertage: Mehr TouristInnen, weniger Verstorbene

Das Guatemaltekische Tourismusinstitut (INGUAT) betonte, dass in der Karwoche etwa 3,5 Millionen TouristInnen aus Guatemala und dem Ausland nach Guatemala gekommen sind, 13 % mehr als 2018. Hauptanziehungspunkte waren Antigua Guatemala und der Atitlán-See, aber in diesem Jahr kam der Westen des Landes hinzu, etwa die Pazifikstrände. "Wir haben 166.637 AusländerInnen in der Zeit zwischen dem 13. und 21.April erfasst, etwa 9 % mehr als im vergangenen Jahr. Die BesucherInnen werden in dieser vergleichsweise kurzen Zeit für Einnahmen in Höhe von etwa 400 Millionen Quetzales sorgen", sagte Jorge Mario, Sprecher von INGUAT.

Das Nationale Vorsorgesystem für die Karwoche (SINAPRESE), eine Abteilung der CONRED, hat 2019 einen Rückgang der Verstorbenen um 30% registriert, aber eine höhere Zahl von Behandlungsdiensten. CONRED berichtete, dass das Nationale Institut für Forensische Wissenschaften insgesamt 247 Tote über die Ostertage gezählt hat. Von diesen kamen 44 durch Gewalteinwirkung zu Tode, die übrigen starben eines natürlichen Todes. Sieben Personen starben in Badeorten und an Stränden. Insgesamt mussten 21.281 Personen betreut werden, die grosse Mehrheit (20.000) durch medizinische Informationen, etwa 1.000 durch erste Hilfe.

Das Innenministerium wies darauf hin, dass die Zahl der kriminellen Akte (Gewaltakte und Raub) gegenüber 2018 um 23 % zurückgegangen sei.

Die Stadtverwaltung von Guatemala-Stadt machte auf das Müllproblem während der Ostertage aufmerksam. Ungefähr 8.000 Tonnen Abfall wurde in sanitäre Anlagen gespült, sagte der Bürgermeister der Hauptstadt, Ricardo Quiñónez. Zwischen Donnerstag und Freitag wurden 700 Tonnen Müll in der Altstadt eingesammelt, darunter Sägemehl und andere Materialien, die während der Prozessionen gebraucht worden waren.

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

http://fijate.guatemala.de

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!,** registriert in CH-2502 Biel c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6